

INHALT SEPTEMBER 2005

SEITE 1
KEIN WAHLKAMPF AUF DEM RÜCKEN VON MIGRANTEN

Gemeinsame Erklärung zur Bundestagswahl

ZAHLENWERK

Zur Verfügung stehender Wohnraum für deutsche und ausländische Familien 2002

SEITE 2
WIE STEHT'S MIT DER WELTOFFENEN GESELLSCHAFT?

Fragen an die Parteien im Wahlkampf

MIGRATION UND INTEGRATION – WER WILL WAS?

Positionen der Parteien im Wahlkampf

SEITE 3
TAG DER INTEGRATION AM 25. SEPTEMBER

Initiative des Innenministers

IM NETZ GEGEN RECHTS

Workshop zum Wettbewerb

DOKUMENTATION DER 34. RECKLINGHÄUSER TAGUNG

Unterschiedliche Sichtweisen

AUFENTHALTSERLAUBNIS FÜR EHEMALIGE DEUTSCHE

Informationen des DGB über die Situation in den Bundesländern

SEITE 4
INTERKULTURELLE ÖFFNUNG DER POLIZEI

Kommentar von Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei

FEIERTAGE

KEIN WAHLKAMPF AUF DEM RÜCKEN VON MIGRANTEN

Gemeinsame Erklärung zur Bundestagswahl

Das Referat Migrationspolitik beim DGB-Bundesvorstand fordert zusammen mit Pro Asyl und dem Interkulturellen Rat (IR) die Parteien in einer gemeinsamen Erklärung vom 22. Juli dazu auf, den Wahlkampf zu den Neuwahlen nicht auf dem Rücken von Migranten und Flüchtlingen auszutragen.

Oskar Lafontaine hat als Spitzenkandidat des Bündnisses der Linkspartei-PDS/WASG mit seiner „Fremdarbeiterdemagogie“ den Auftakt bereitet. Demgegenüber wollten einige Unionspolitiker nicht zurückstehen, und kündigten an, die Fragen der weiteren Zuwanderung nach Deutschland und die EU-Mitgliedschaft der Türkei im Wahlkampf massiv zu thematisieren.

Zusätzlich ist nach den Terroranschlägen in London zu befürchten, dass Muslime einmal mehr unter Generalverdacht gestellt werden und für die Debatte, um die innere Sicherheit Deutschlands, instrumentalisiert werden.

Pro Asyl, der DGB und der IR halten diese Wahlkampfstrategien für „äußerst gefährlich“, da neuere Untersuchungen belegen, dass rassistische, fremdenfeindliche, antisemitische und islamophobe Tendenzen auch zunehmend in der Mitte der Gesellschaft zu Hause sind.

In einer globalisierten Welt könnten politische Konzepte, die auf Abschottung und Ausgrenzung abzielen, die sozialen und wirtschaftlichen Probleme nicht lösen, sondern höchstens noch verschlimmern. Aufgabe

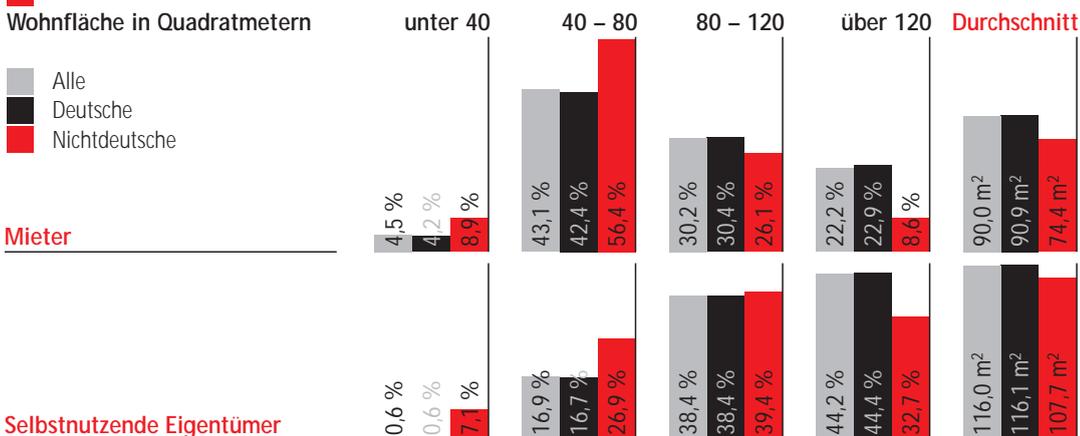
einer verantwortungsvollen Politik sei es somit, „menschenfeindlichen Haltungen entgegenzuwirken und Konzepte anzubieten, die die Innovationspotenziale von Migranten und Flüchtlingen als etwas Positives begreifen“.

Pro Asyl, der IR und der DGB fordern deshalb alle politischen Parteien dazu auf, den „bevorstehenden Bundestagswahlkampf nicht auf dem Rücken von Migranten und Flüchtlingen auszutragen“ und außerdem Sorge dafür zu tragen, „dass einzelne Politiker aus ihren Reihen keine fremdenfeindlichen, rassistischen Aussagen tätigen, die mit den in den Wahlprogrammen dargelegten Positionen nicht zu vereinbaren sind“.

Die Erklärung steht im Internet unter: www.migration-online.de/dossier-bt-wahl

ZAHLENWERK

Zur Verfügung stehender Wohnraum für deutsche und ausländische Familien 2002



„Die Wohnbedingungen sind ein wesentliches Merkmal zur Beschreibung der sozialen Lage...“ – so die Integrationsbeauftragte in ihrem aktuellen Bericht zur Situation von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland. Anschaulicher formuliert hatte das rund 100 Jahre zuvor Heinrich Zille: „Man kann einen Menschen mit einer

Axt erschlagen, man kann ihn aber auch mit einer Wohnung erschlagen.“

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat in einer Untersuchung belegt, dass Ausländer auf dem Wohnungsmarkt nach wie vor benachteiligt sind. Das bezieht sich vor allem auf den zur Verfügung ste-

henden Wohnraum. Da ausländische Familien größer sind als deutsche – 2,7 zu 2,1 Personen –, ist der Abstand bei der Wohnfläche pro Kopf noch größer als beim verfügbaren Wohnraum. Angehörige ausländischer Familien leben im Durchschnitt auf 27 m² pro Person, Angehörige deutscher Familien auf 43 m².

Quelle: Statistisches Bundesamt Mikrocensus

WIE STEHT'S MIT DER WELTOFFENEN GESELLSCHAFT?

Fragen an die Parteien im Wahlkampf

Der DGB-Bundesvorstand, Referat Migrationspolitik, hat gemeinsam mit dem Interkulturellen Rat (IR) und dem Förderverein Pro Asyl ein Papier mit dem Titel „Für eine weltoffene, demokratische und plurale Gesellschaft – Fragen an die Parteien im Wahlkampf“ herausgegeben.

Es gehe darum, „die Vielfalt der Gesellschaft anzuerkennen“, sich „den Chancen und Herausforderungen von Einwanderung zu stellen“ und die „Innovationspotenziale“ von Migrantinnen und Migranten als „etwas

Positives zu begreifen“. Außerdem sei man der festen Überzeugung, dass eine demokratische Gesellschaft „nachhaltig Schaden“ erleide, wenn „Politiker oder Parteien Ressentiments gegenüber Minderheiten schüren“.

Aus diesen Gründen wurde ein in zehn Themenfelder aufgeteilter Fragenkatalog an die Parteien zusammengestellt, mit Fragen nach der Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, dem Schutz von Flüchtlingen, sowie der Einhaltung der Menschenrechte.

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie seien nicht mehr nur am Rand unserer Gesellschaft zu finden. Vielmehr reichen

sie schon längst in die politische Mitte hinein. Seit mehreren Jahren nehme die Zahl rassistisch motivierter Straftaten zu: „Was wird ihre Partei tun, um Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entgegenzuwirken?“

Etwa 200.000 Menschen leben in Deutschland ohne sichere Aufenthaltsperspektive, und das schon etliche Jahre. Mit dem Zuwanderungsgesetz sollten Kettenduldungen abgeschafft werden. Durch die immer restriktivere Auslegung und die Ausnutzung der „unzureichenden Gesetzesformulierungen“ wird die Situation immer weiter verschärft. Selbst hier aufgewachsene Jugendliche und Kinder, die nie eine andere Heimat kennen gelernt haben,

haben keine Chance ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht zu bekommen: „Was wollen Sie zur Verbesserung der Situation langjährig geduldeter tun?“

Diese und weitere Fragen wie, „Was wollen Sie tun, damit Deutschland und die EU ihrer Verantwortung für den Schutz von Flüchtlingen gerecht werden?“, oder: „Welche Angebote halten sie für erforderlich, um die Integration von Muslimen zu fördern?“, findet man in dem Papier.

„Für eine weltoffene, demokratische und plurale Gesellschaft – Fragen an die Parteien im Wahlkampf“ im Internet unter: www.migration-online.de/dossier-bt-wahl

MIGRATION UND INTEGRATION – WER WILL WAS?



Positionen der Parteien im Wahlkampf

Alle im Bundestag vertretenen Parteien haben mittlerweile ihre Wahlprogramme vorgestellt. Die wichtigsten Auszüge zu den Themen Integration, Migration und Rechtsextremismus hat das Kompetenzzentrum Migration & Qualifizierung beim DGB-Bildungswerk zusammengetragen und ins Internet gestellt.

Dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, hat sich weit gehend herumgesprochen und findet Niederschlag in den Programmen – außer bei der CDU. In einigen wenigen Punkten sind sich aber alle Parteien einig, etwa in der Bekämpfung von Schwarzarbeit und „Illegalität“ oder darin, dass Integration wichtig sei.

Auf welchem Wege Integration erreicht werden soll oder kann, darüber

gehen die Meinungen auseinander. Integration vor allem über den Erwerb der Sprache, sowohl für Kinder als auch für Erwachsene, sehen die beiden Volksparteien und die FDP als Gebot der Stunde an. Doch während die SPD und die FDP dabei an unentgeltliche Kurse denken, sieht die CDU die Aufgabe der Sprachvermittlung bei den Eltern. Die Grünen dagegen sehen Sprachdefizite im Unvermögen des deutschen Bildungssystems, mit sozialer und kultureller Heterogenität umzugehen. Für sie ist das Erlernen der Sprache eine Grundvoraussetzung, gleiche Bildungschancen garantiert sie dagegen nicht. Die neue Linkspartei will – neben einem unentgeltlichen Sprachkurs – auch verstärkt Investitionen in kulturelle Einrichtungen, konkrete Integrationshilfen und Sozialarbeit tätigen.

Die Grünen und die Linkspartei sehen Integration als gesellschaftspolitische Herausforderung. Die CDU will „die

Integration konsequent vorantreiben“ – da wird dann „durchregiert“, wie Frau Merkel sagt.

Auch sind sich alle Parteien einig, dass ein Antidiskriminierungsgesetz nötig sei. Während SPD und Grüne den bestehenden Gesetzentwurf verteidigen, wollen CDU und FDP die EU-Richtlinien lediglich „1 zu 1“ umsetzen – was immer das heißt.

Des Weiteren ist das Thema der Zwangsheirat bei fast allen Parteien auf der Tagesordnung. Die CDU und die SPD streben ausdrücklich die Schaffung eines Straftatbestandes an.

Spezielle Positionen formulieren zum Beispiel die FDP mit einer „Altfallregelung für Jugendliche, die schon lange in Deutschland leben“ und die Linkspartei in Bezug auf ein „demokratisches Staatsbürgerschaftsrecht, das endgültig vom ‚Blutrecht‘ Abschied nimmt und die doppelte Staatsangehörigkeit zulässt“. Die SPD thematisiert ausdrücklich, Jugendliche ausländischer Herkunft zu fördern, um den Übergang ins Berufsleben zu ermöglichen.

Auszüge aus den Wahlprogrammen stehen im Internet unter: www.migration-online.de/dossier-bt-wahl

Begrenzen oder öffnen?

CDUIkiges aus dem Wahlprogramm

Im Wahlprogramm der CDU heißt es: „Wir werden die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt auf Mangelberufe und auf Ausländer begrenzen, die in Deutschland zu Spitzenleistungen in Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Kultur beitragen können.“ Die Tonalität ist schon klar – nur was ist mit den Fakten? Es gibt keine Zuwanderung in den Arbeitsmarkt, bestenfalls nachgelagert im Rahmen der Familienzusammen-

führung. Ausnahme: die berühmten Spezialitätenköche und die IT-Experten über die Green-Card-Regelung. Der Sachverständigenrat für Zuwanderung hat in seinem Gutachten 2004 gefordert, den Arbeitsmarkt für Ausländer in den Bereichen zu öffnen, wo es einen Arbeitskräftemangel gibt, was niemand aufgegriffen hat. Was will die CDU jetzt? Die Zuwanderung in Mangelberufe öffnen? Dann darf es nicht „begrenzen“ heißen. Oder sie will Etwas begrenzen. Das freilich ist Blödsinn.

Es ist begrenzt.

TAG DER INTEGRATION AM 25. SEPTEMBER

Initiative des Innenministers



Bundesinnenminister Otto Schily hat den 25. September zum „Tag der Integration“ erklärt. Der Tag soll von nun an jährlich, bundesweit begangen werden.

Dies erklärte Schily anlässlich der Preisverleihung des Wettbewerbs „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall“ am 13. Juni in Berlin. Als Vorbild für den „Tag der Integration“ sieht er die

ebenfalls jährlich stattfindende „Woche des ausländischen Mitbürgers“. Im Jahr 2004 hatte es am 15. Mai erstmals einen „Tag der Integration durch Sport“ gegeben.

Besonders wichtig sei laut Schily die aktive Teilnahme der Zuwanderer am Integrationsprozess: „Für ihre Integration – sofern sie gelungen ist – haben Migranten das meiste geleistet.“ Außerdem solle man Integration vor allem als „Gewinn und Chance“ sehen, es komme darauf an, „was man aus den kulturellen Unterschieden von Menschen machen will und kann.“ Eine andere Einstellung könne sich eine Exportnation wie Deutschland gar nicht leisten. Deutschland lebe vor allem von „guten Beziehungen in der Welt“.

Den Rahmen für die diesjährige Auftaktveranstaltung zum „Tag der Integration“ bietet der Berlin-Marathon – im Starterfeld befinden sich Läufer aus 54 verschiedenen Nationen.

IM NETZ GEGEN RECHTS

Workshop zum Wettbewerb

„Im Netz gegen Rechts – Arbeitswelt aktiv“ ist der Titel eines Wettbewerbs, den der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an“ veranstaltet und der sich an Berufsschulen und Ausbildungsbetriebe in Nordrhein-Westfalen richtet. Bis zum 1. November sind Auszubildende aufgefordert, Online-Materialien zu den Themen Rechtsradikalismus, Rassismus und Gewalt einzureichen. Sie können dies gemeinsam mit ihren Ausbildern tun, als Berufsschulklasse oder als Projektgruppe. Die Materialien müssen nicht technisch perfekt sein, vielmehr kommt es auf die Ideen an.

Wer Anregungen sucht, aber auch Hilfestellung bei der technischen Umsetzung braucht, kann dies bei einem Workshop bekommen, der am Samstag, den 24. September 2005 in Düsseldorf stattfindet. Ausdrücklich eingeladen sind auch Auszubildende, die nicht in NRW wohnen. Sie können schon einmal anfangen, Ideen zu entwickeln. Im nächsten Jahr wird der Wettbewerb nämlich bundesweit ausgeschrieben.

Informationen zum Wettbewerb wie zum Workshop bei:
„Mach meinen Kumpel nicht an“ e.V.
Hans-Peter Killguss
Telefon 02 11/43 01-1 93
Telefax 02 11/43 01-1 24
info@gelbehand.de
www.gelbehand.de



DOKUMENTATION DER 34. RECKLINGHÄUSER TAGUNG

Unterschiedliche Sichtweisen

Vor Kurzem ist die Dokumentation der 34. Recklinghäuser Tagung der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) erschienen. Thema der traditionsreichen Tagung vom letzten Dezember war das neue Zuwanderungsgesetz.

Durchaus unterschiedliche Sichtweisen trugen die parlamentarische Staatssekretärin im Innenministerium Ute Vogt (SPD) und der Richter und Experte in Sachen Ausländerrecht, Ralph Göbel-Zimmermann vor. Ein Fazit des stellvertretenden IG BCE-Vorsitzenden Ulrich Freese: Das Gesetz bleibe zwar hinter den Forderungen

der Gewerkschaften zurück, bringe aber dennoch Verbesserungen.

Wer bei der Tagung dabei war und die Referate noch einmal nachlesen will, kann die Dokumentation ebenso bestellen wie all jene, die nicht da waren und die Argumente kennen lernen möchten.

Im Internet auf der Seite:
www.igbce.de
Bestellungen von Printausgaben an:
IG BCE
Abt. Ausländische Arbeitnehmer
Königsworther Platz 6
30167 Hannover
Telefon 05 11/76 31-2 29
giovanni.pollice@igbce.de

AUFENTHALTSERLAUBNIS FÜR EHEMALIGE DEUTSCHE

Informationen des DGB über die Situation in den Bundesländern

In einer Mitteilung an die Mitglieder des Arbeitskreises Migration und die DGB-Regionen hat das Referat Migrationspolitik beim DGB-Bundesvorstand über die Möglichkeit einer Aufenthaltserlaubnis für ehemalige Deutsche informiert. Hintergrund ist der Umstand, dass zahlreiche Menschen ihre deutsche Staatsbürgerschaft verloren haben, weil sie eine andere Staatsbürgerschaft angenommen haben. Das ergibt sich aus dem am 1. Januar 2000 in Kraft getretenen Staatsangehörigkeitsrecht.

Wer seine deutsche Staatsangehörigkeit per Gesetz verliert, ist Ausländer und unterliegt damit dem Ausländerrecht. Damit benötigt er oder sie einen Aufenthaltstitel. Was getan werden muss, um ihn erlangen zu können, ist in den Bundesländern unterschiedlich geregelt und eben darüber informiert der DGB.

„Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit – Aufenthaltserlaubnis für ehemalige Deutsche“ findet man im Internet unter:
www.migration-online.de/verlust-stabue

FORUM 9

MIGRATION

INTERKULTURELLE ÖFFNUNG DER POLIZEI

KOMMENTAR

Konrad Freiberg
Bundesvorsitzender der
Gewerkschaft der Polizei



Beamtinnen und Beamte nicht-deutscher Herkunft sind bei der Polizei nichts Neues. Vor allem in den Schmelztielen des Ruhr- und des Rhein-Main-Gebietes, aber auch in anderen Ballungsräumen gehören sie inzwischen zur Selbstverständlichkeit. Besaßen die Bewerberinnen und Bewerber in früheren Zeiten die deutsche Staatsangehörigkeit, war das ohnehin nie ein Problem. Heute gilt das auch für Bewerberinnen und Bewerber, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder sogar die eines anderen Staates besitzen.

Bewerberinnen und Bewerber, die die deutsche oder die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates nicht besitzen, können eingestellt werden, wenn für ihre Einstellung ein dringendes dienstliches Interesse besteht. Das ist in der Regel der Fall, wenn ein hoher Bevöl-

kerungsanteil der entsprechenden Nationalität im jeweiligen Bundesland lebt.

Die Polizei sieht durch eine Integration nichtdeutscher Bürgerinnen und Bürger in den Polizeidienst unter anderem eine Möglichkeit, in auftretenden Konfliktsituationen des polizeilichen Alltags beruhigend und deeskalierend einzuschreiten, weil die Beamtinnen und Beamten besser mit der Mentalität ihrer Landsleute vertraut sind. Die Öffnung der Polizei liegt allerdings auch darin begründet, dass wir der Auffassung sind, dass sich die multiethnische Zusammensetzung unserer Bevölkerung auch in der Polizei widerspiegeln soll und weil es gutem republikanischen und demokratischen Verständnis entspricht, allen Menschen einer Gesellschaft den gleichberechtigten Zugang zu allen Berufen zu ermöglichen.

Die Bereitschaft, ausländische junge Frauen und Männer zu integrieren, steht bei der Polizei nicht nur auf dem Papier. Wer als junger ausländischer Mitbürger den Weg zu einem der zahlreichen Einstellungsberater der Polizei findet, wird die Erfahrung machen, dass man sich kompetent, sehr persönlich und sehr engagiert um ihn kümmert.

Die Hürden in einen interessanten und krisensicheren Beruf stehen außerhalb der Polizei. Bewerberinnen und Bewerber außerhalb der Europäischen Union müssen im Besitz einer Aufenthaltsberechtigung oder einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung (Niederlassungserlaubnis) sein.

die feiern, wünschen wir alles Gute.
Himmelfahrt Mohammeds

„Lailat Al-Miradj“ oder „Mirac Kandili“ Eine der heiligen Nächte des Islam. Mohammed reiste von Mekka nach Jerusalem und traf dort Abraham, Moses und Jesus und betete mit ihnen. Nach anderen Überlieferungen stieg er anschließend auf der Leiter in den siebenfach geschichteten Himmel und traf dort seine Prophetenvorgänger und Gott.

Für eine volljährige Abiturientin oder einen volljährigen Abiturienten kann diese Hürde unüberwindbar sein, denn ein solcher Titel wird in der Regel nur bei festem Erwerbseinkommen vergeben, das ein Schüler natürlich noch nicht haben kann. Die Bewerberinnen und Bewerber müssen fünf Jahre in Deutschland gelebt haben. Sie müssen auch ihre Heimatsprache sprechen können, was je nach den Gepflogenheiten in der Familie bei einem langjährigen Aufenthalt nicht immer der Fall ist.

Erschwert wird die interkulturelle Öffnung der Polizei zudem durch zwei Umstände, die wiederum auch nicht die Polizei zu vertreten hat: Aufgrund des rigiden Personalabbaus bei der Polizei in allen Bundesländern sinken die Einstellungszahlen drastisch – oft nur ein Drittel der jungen Menschen im Vergleich zu früheren Jahren können heute Aufnahme in den Beruf finden. Zum Beispiel stehen in einem Bundesland rund 400 Anwärterstellen über 5.000 Bewerberinnen und Bewerbern gegenüber.

Leider verfügen immer noch zu wenige junge Menschen mit Migrationshintergrund über Abitur oder Fachhochschulreife, so dass viele schon an dieser Hürde scheitern. Hier ist sowohl das Bildungssystem gefordert, endlich Chancengleichheit zu schaffen. Gleichzeitig ergeht aber auch der Appell an die Eltern und Erziehungsberechtigten dieser jungen Menschen, noch stärker auf einen erfolgreichen studienberechtigenden Schulabschluss zu achten.

Ganeshafest

Wird zu Ehren des Hindugottes Ganesh Chaturathi, dem „Herrn und dem Bezwingen von Hindernissen“, begangen. Seine Verehrer bitten ihn um „siddhi“ (Erfolg) und „buddhi“ (Intelligenz).

19.09. Nacht der Vergebung

„Lailat Al-Barah“ oder „Beraat Kandili“ Zwei Wochen vor Ramadan suchen Muslime Vergebung für ihre Sünden und verbringen die Nacht im Gebet.

GEFÖRDERT DURCH



Bundesministerium
des Innern



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

DGB Bildungswerk
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

KOORDINATION

Michaela Dälken

REDAKTION

Bernd Mansel
(Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

LAYOUT

Gitte Becker

DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

DRUCK UND VERTRIEB

WAZ-Druck, Duisburg

ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich

BESTELLADRESSE

PROWERB
Werbe- und Versand-Service GmbH
Huissener Straße 7–9
47533 Kleve

Telefax 0 28 21/72 18-25

E-Mail info@prowerb.de

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

DGB Bildungswerk
Kompetenzzentrum
Migration & Qualifizierung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 88
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

FEIERTAGE



Die folgenden Feiertage werden von verschiedenen Religionen oder Nationalitäten im September begangen. All jenen,